

The Rt Hon Theresa May MP
The Prime Minister
10 Downing Street
LONDON SW1A 2AA

5. November 2018

Sehr geehrte Frau Premierministerin,

British in Europe, the3million und UNISON sind um den aktuellen Stand der Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sowie dessen Konsequenzen für die Rechte von mehr als fünf Millionen Bürgerinnen und Bürgern extrem besorgt.

Beim Europäischen Rat im Oktober wurden kaum Fortschritte erzielt. Es besteht nun eine sehr ernstzunehmende Gefahr, dass das Land ohne Abkommen aus der EU ausscheiden wird. Für diese Gruppe von Bürgern auf beiden Seiten des Ärmelkanals hätte dies katastrophale und weitreichende persönliche Folgen. Deshalb bitten wir Sie dringend darum, Schritte zu unternehmen, um unsere Bürgerrechte aus der Zwangsjacke des "Nichts ist vereinbart solange nicht alles vereinbart ist" zu befreien.

Wir erinnern Sie an Ihr Statement vor dem britischen Unterhaus am 26. Juni 2017: *„Ich erkläre [die Bürgerrechte] zur sofortigen Priorität zum Beginn der Verhandlungen. Aber diese Vereinbarung muss auf Gegenseitigkeit beruhen, weil wir die Rechte britischer Staatsbürger, die in den Mitgliedstaaten der EU leben, ebenso schützen müssen.“*

Obwohl Sie versprochen haben, die Rechte von EU-Bürgern im Falle eines "No Deal" einseitig zu schützen, sind unilaterale Garantien keine allumfassende Lösung:

- britische Staatsbürgerinnen und -bürger in anderen europäischen Ländern könnten am 30.03.2019 zu illegalen Einwohnern ihrer Gastländer - ohne jeglichen Aufenthaltstitel - werden und voraussichtlich auf nationale Lösungen in 27 verschiedenen Ländern angewiesen sein.
- entscheidende Bereiche von unseren Rechten bedürfen der Koordinierung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich - vor allem im Bereich der Sozialversicherung wie etwa der Zusammenrechnung von Renten- und Krankenversicherungsbeiträgen, die wir eingezahlt haben und auch weiterhin einzahlen werden.

Stattdessen fordern wir die EU und das Vereinigte Königreich dazu auf, als Mindestmaß das bereits erzielte Übereinkommen im Bereich der Bürgerrechte im Rahmen von Artikel 50 umzusetzen - was auch immer der Ausgang des Brexits sein mag. Wir fordern Sie nachdrücklich dazu auf diesen Vorschlag Michel Barnier sowie den EU27 Mitgliedsstaaten zu unterbreiten: die Verpflichtung den Teil des Austrittsabkommens hinsichtlich der Bürgerrechte umzusetzen selbst wenn er der einzige Aspekt ist, bei dem eine Vereinbarung getroffen werden kann.

Ein „No Deal“ ist nicht die einzige Gefahr, die den Bürgern eventuell gegenüber stehen wird. Wir bitten darum, dass das Abkommen durch den Einbezug weiterer Vorkehrungen für beide Gruppen gestärkt wird:

- britische Staatsbürger, die vom Austrittsabkommen erfasst werden, sollten über ein anhaltendes Freizügigkeitsrecht innerhalb der EU verfügen. Alle durch das Austrittsabkommen erfassten Unionsbürger sollten ein lebenslanges Rückkehrrecht erhalten. Das Vereinigte Königreich hat der EU diesen Vorschlag bereits im September 2017 gemacht und wir bitten Sie nun dafür zu sorgen, dass dieses Thema von den zuständigen britischen Unterhändlern erneut aufgegriffen und vorrangig zur Diskussion gestellt wird.

- Der Entwurf des Austrittsabkommens erfasst nicht das Recht von britischen oder EU27-Staatsbürgern zusammen mit Familienmitgliedern ins Herkunftsland zurückzukehren ohne von nationalen Rechtsbestimmungen hinsichtlich der Einwanderung betroffen zu werden. Hier ergibt sich die Frage der rückwirkenden Anwendung eines strengeren Regelungswerks sowie ein klares Argument für die Gegenseitigkeit. Wir ermahnen die Unterhändler des Vereinigten Königreichs und der EU diese Rechte in das Austrittsabkommen miteinzubeziehen oder diese auf britischer und EU-Ebene einseitig zu gewähren.
- Der Verlust des Wahlrechts ist eines der undemokratischsten und beschämendsten Aspekte des Brexits: mindestens 60% der Briten im übrigen Europa und fast alle EU27-Bürger im Vereinigten Königreich waren bei der Volksabstimmung 2016, der wichtigsten Abstimmung ihres Lebens, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Nun stehen wir davor, in Folge von den Verhandlungen andere demokratische Rechte zu verlieren. Wir fordern die britische Regierung dazu auf, das Wahlrecht für EU-Bürger bei Kommunalwahlen im Vereinigten Königreich zu bewahren und auf das gegenseitige Wahlrecht für britische Staatsbürger in der EU27 zu drängen. Des Weiteren sollte die Regierung ihr Versprechen einhalten, das lebenslange Wahlrecht für alle britischen Staatsbürger zu gewährleisten.
- Falls neue Verfahren im Vereinigten Königreich oder in den EU27-Staaten eingeleitet werden, die die Bürgern dazu verpflichten, sich für einen neuen Status zu registrieren, sollten diese einfach, leicht verständlich und gebührenfrei sein.

Im Vereinigten Königreich benötigen EU-Bürger von Ihnen nun volle Rechtssicherheit hinsichtlich der Einführung des neuen „settled status“. Die britische Regierung hat bereits verlauten lassen, dass EU-Bürger weder darauf geprüft werden, ob sie krankenversichert sind noch, ob sie über ausreichende Existenzmittel verfügen. Das Austrittsabkommen verhindert es jedoch nicht, dass zukünftige Regierungen oder Vorschriften des Innenministeriums solche Kontrollen einführen könnten. Als Zeichen des Entgegenkommens, fordern wir Sie auf zu gewährleisten, dass die politischen Verpflichtungen die Sie eingegangen sind, auf EU-britischer Ebene rechtsverbindlich festgesetzt und vom britischen Parlament bestätigt werden.

Zuallerletzt werden EU-Bürger im Vereinigten Königreich ein materielles Dokument als Beweis des „settled status“ brauchen, ansonsten droht uns die Diskriminierung im Alltag. Wie der Windrushskandal gezeigt hat, müssen Leute im Rahmen des „feindseligen Umfelds“ über passende Unterlagen als Beweis ihrer Rechte in diesem Land verfügen.

Abschließend lässt sich sagen, dass die britische Regierung und die EU jetzt das Richtige für diese fünf Millionen Bürger tun müssen - etwas, dass vor langem hätte geschehen sollen. Indem wir heute eine Veranstaltung im Parlament abhalten, um Abgeordnete an ihre Sorgfaltspflicht gegenüber den in ihren Wahlkreisen wohnhaften EU-Bürgern sowie britischen Staatsbürgern im Ausland zu erinnern, fordern wir Sie dazu auf, die politischen Versprechen, die Sie uns gegeben haben, auf alle Fälle einzulösen, zu welchem Ausgang immer die Brexit-Verhandlungen kommen mögen.

Wir sind kein politisches Druckmittel bei den Verhandlungen sondern fünf Millionen Menschen und es ist doch längst Zeit, dass wir als solche behandelt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Nicolas Hatton

Jane Golding

Dave Prentis

Mitbegründer the3million

Co-Vorsitzende British in Europe

Generalsekretär UNISON
im Namen der europäischen
Mitglieder der Gewerkschaft